

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags unter dem Titel „Klassenkampf“ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Abonnementpreis: 12 Goldmarken u. 8 Reichsmark 60 Pf. u. Später: 10 Goldmarken u. 7 Reichsmark 60 Pf. in Postämtern. Einzelhefte zu 20 Pf. Halle, Korbweberstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2511. Leipzig: Adm.: Korbweberstraße 14. Halle: Korbweberstraße 14. Halle: Korbweberstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 7. Dezember 1925

5. Jahrgang • Nr. 273

Hindenburg für die Große Koalition

Der Kandidat der Reichsregierung — Die Stellung der Kommunisten

Die Demission der Reichsregierung angenommen

(III) Berlin, 5. Dezember.

Am 5. Dezember wird mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Brüning überbrachte am Montag nachmittags 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichskanzler und die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen. Wie die Telegrammen-Union erzählt, wird der Reichspräsident am Montag Besprechungen mit den Parteiführern haben.

Kabinett der bürgerlichen Mitte?

(Sitz. Drahtm.) Berlin, 7. Dezember.

Nach Mitteilung der „Welt am Montag“ beschäftigt sich ein Kabinett der bürgerlichen Mitte mit der Frage, ob es sich für die Bildung einer Koalition mit der SPD. öffnen will. Die SPD. hat die Bildung einer Koalition mit der SPD. nicht abgelehnt, wenn die letzte Entscheidung über die Reichsregierung dem Zentrum und den Reichskanzler überlassen wird. Die Sozialdemokraten sind zur Unterstützung bereit.

Hindenburg will die SPD. in die Regierung aufnehmen

Der Reichspräsident braucht die Unterstützung

(Sitz. Drahtm.) Berlin, 7. Dezember.

Zu seiner eingehenden Beratung mit dem Reichspräsidenten hat der Reichskanzler am Montag nachmittags 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung überreicht. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen und ersucht die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen. Wie die Telegrammen-Union erzählt, wird der Reichspräsident am Montag Besprechungen mit den Parteiführern haben.

Der „Vorwärts“ richtet sich an die deutsche Volkspartei heran

In einer Polemik gegen die „Tägliche Rundschau“ schreibt der „Vorwärts“ (Abendausgabe vom 5. Dezember): „Es ist nicht richtig, daß die Sozialdemokraten in ihrer Mehrheit gegen eine Übernahme der Regierungverantwortung sind. Die Sozialdemokratie hat wiederholt bewiesen, daß sie für die Übernahme der Verantwortung nicht zurücktritt, daß sie in jeder Beziehung besonders in Zeiten der höchsten Not und Gefahr ihre Pflicht gegenüber dem Volk erfüllt. Sie steht im Zukunftsbewußtsein bereit, die äußere Verantwortung für eine Regierung zu übernehmen, für deren Handlungen sie auch innerlich vor ihrem eigenen Gewissen die Verantwortung übernehmen kann.“

Die Kommunistische Partei zur Regierungskrise

Die Kommunistische Partei läßt sich in ihrer Haltung zur gegenwärtigen Regierungskrise von folgenden Gesichtspunkten leiten:

I. Der unmittelbare Anlaß zum Rücktritt der Brüning-Regierung ist der Austritt der Deutschnationalen wegen des Abfalls des Völkers, der von breiten Volksschichten, insbesondere auch von linksorientierten sozialdemokratischen Arbeitervölkern als eine neue Kriegsvorbereitung und als feindseliger Schritt gegen Sowjet-Rußland empfunden wird. Der tiefere Grund für die Krise des Reiches ist aber die Unfähigkeit, gegen die Teuerung, die sprunghaft wachsende Arbeitslosigkeit und die ungelöste Notlage aller wehrfähigen Schichten irgend etwas zu unternehmen.

II. Die Regierungskrise ist nicht auf das Reichskabinett beschränkt, sondern zugleich ein Zeichen der Empörung und Unzufriedenheit der Bevölkerung.

Vom Regen in die Traufe

Brüninghaus hat Gehter Wehrminister?

Die Berliner Zeitung „Montag-Morgen“ meldet: „In politischen Kreisen erhält sich trotz des Demissions der Brüning-Regierung die Meinung, daß Reichswehrminister Gehter am Ende ist und nicht mehr benötigt, in das gegenwärtig neu zu bildende Kabinett der Deutschen Volkspartei beizutreten. Ihren Rücktritt hat der frühere Admiral von Brüninghaus als Nachfolger zu präsentieren, der auch in Reichswehrkreisen als geschätzt betrachtet wird. Als Abgeordneter der Reichsversammlung hat er sich mehrfach im Reichstag einfinden lassen und hat sich durch seine Redebeiträge im Reichstag eine Stellung erworben, die einige Abgeordnete im Reichstag eine Stellung einnahm, die einige Abgeordnete im Reichstag eine Stellung einnahm.“

führung gegen die deutschnationalen Landesregierungen in Thüringen und Mecklenburg, der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Große Koalition in Sachsen, radikale Bauernunruhen gegen die bürgerliche Regierung. Im Reich wurde das reaktionäre Meißner Meißner durch den Sieg der Arbeiterklasse gestürzt. Bei den württembergischen Volkskammerwahlen und Reichstagswahlen, bei württembergischen Gemeinderatswahlen im Reich wurden die Bürgerlichen an mehreren Stellen durch die Mehrheit der SPD. und KPD. geschlagen.

III. Innerhalb der gesamten Arbeiterklasse zeigt sich härterer Kampfeswille und zunehmender Drang zur Einheitsfront. Angesichts einer Armee von 1 1/2 Millionen Erwerbslosen, angesichts der energiegelassenen Forderung der Arbeitermassen nach Lohnsteigerungen und Wiederherstellung des Arbeitsstandes, angesichts der Erbitterung der kämpfenden Bauern, steht das Regime dem kommenden Winter mit Angst und Sorge entgegen. Daraus erklären sich die vielen Regierungsveränderungen. Wenn einseitigen Besorgens der Arbeiterklasse wird es abhängen, ob die Regierungskrisen im weiteren Verlauf des Winters zur Staatskrise, zum weitgehenden Verfall des deutschen Profiteurs werden.

IV. Weder eine neue Regierung, noch ein Kabinett der bürgerlichen Mitte, noch die Große Koalition kann den Volkswillen irgend etwas nützen. Jede dieser parlamentarischen Kombinationen wird nur das schmerzliche Bewußtsein der Notwendigkeit und die wirtschaftliche Notlage verstärken.

V. Die kommunistische Partei hält es daher für absolut notwendig, den reaktionären Reichstag vom 7. Dezember sofort aufzulösen. Der Kampf der wehrfähigen Massen muß mit dem Ziel einer Arbeiter- und Bauernregierung aufgenommen werden, die allein einen Ausweg aus der Krise schaffen kann. Gestützt auf den Willen und die organisierte Kraft des Proletariats müßte die Arbeiter- und Bauernregierung mit allerhand die notwendigen Maßnahmen zur sofortigen Bekämpfung der Lage der Wehrfähigen, zur Wiederherstellung des Arbeitsstandes, des wirtschaftlichen Zustandes und der monarchistischen Reaktion durchsetzen.

VI. Die dringenden Maßnahmen der Stunde sind:

1. Vollgehende Unterstützung der Gewerkschaften und Kurzarbeiter, Arbeitsbeschäftigung zu Tariflöhnen, Verbot der Betriebsabschlüssen.
2. Wiederherstellung des Arbeitsstandes, der Arbeitsbeschäftigung im Bergbau, Lohnsteigerungen in allen Industriezweigen.
3. Sofortige Erfüllung der Forderungen der Bauernorganisationen.
4. Unbefristete Stillstellung für die kleinen und mittleren Bauern (Steuererlässe, Kredithilfe usw.).
5. Verhinderung der Erhöhung der Mieten.
6. Dringliches Reichsgesetz über die sofortige Entlassung des gesamten Vermögens der ehemaligen regierenden Familien sowie aller ihrer Familienangehörigen, mit allen seinen unbeschränkten, beweglichen und sonstigen Bestandteilen; Verwendung der enteigneten Vermögensgegenstände zum Kriegshinterbliebenen und Kriegshinterbliebenen, der Sozialrentner, der kleinen Bauern und Arbeiter usw.
7. Auflösung und Streikauflösung der monarchistischen Organisationen.
8. Vollkommene für alle proletarischen Schichten; schonungslose Säuberung der reaktionären Klassenjustiz; Wählung der volkstümlichen Richter und Staatsanwälte.
9. Bruch mit der Dares- und Völkers-Politik, Nichtertritt Deutschlands in den Völkersbund; enge Wirtschaftsbeziehungen und politisches Zusammengehen mit Sowjet-Rußland.

VII. Die kommunistische Partei richtet an die Sozialdemokratie an den 20. Dezember, an das „Reichsbanner“, an alle proletarischen und wirtlich republikanischen Organisationen die Aufforderung, sich in einheitsfrontlicher Front für die Erfüllung dieser elementaren Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzusetzen. Die SPD. muß alle Arbeiter, Angehörigen der Bauern und sonstigen Massen auf, im Moment der Regierungskrise ihren eigenen Willen geltend zu machen und gegen die Regierung, die sich der Erfüllung dieser Forderungen entgegenstellt, den gemeinsamen Kampf aufnehmen.

Uns scheint, daß diese Stellung nicht aus der Luft gegriffen ist. Der Kopf Gehters und seine Erziehung durch Brüninghaus sind sehr nach einer neuen Konstellation, die man der SPD. zu maden gewillt ist, wenn sie sich bereit erklärt, in die Große Koalition einzutreten.

Vor einer neuen Offenbar Abd el Arims

(III) Paris, 6. Dezember.

Die Blätter melden aus Casablanca, daß Abd el Arim im Begriff steht, die Offensive gegen die Spanier wieder aufzunehmen. Schon seit einigen Tagen wird hinter der marokkanischen Front ausgedehnte Bewegung beobachtet. Das spanische Oberkommando hat alle Maßnahmen getroffen, um einem Angriff der Marokkaner durch einen Gegenangriff zu begegnen.

Die Krise in Thüringen

Von Hans Tittel

Im Gehalt des Thüringer Ordnungsbüros listet es. Die beiden völkischen Gruppen — „Blutkämpfer Dr. Dinter und sein Glaubensgenosse von der anderen Partei“ — berechnen die Ordnungsbüro-Verhältnisse. Die Thüringer Regierung hat die Zustimmung zum Völkersvertrag.

Die völkischen Gruppen bilden in Thüringen das parlamentarische Jüngling an der Wage. Die Februar-Wahl 1924, bei der General Halle den Völkersvertrag und die letzte Synodus-Regierung aus der Partei erhoben hatte, führte zu folgender parlamentarischer Konstellation.

Der Ordnungsbüro, der sich aus den Deutschnationalen, dem Landbund, der Deutschen Volkspartei, Demokraten sowie Zentrum zusammensetzt, erhielt bei dieser Wahl 422 000 Stimmen und 35 Abgeordnete; die vereinigte völkische Mitte erreichte auf sich 81 000 Stimmen mit 7 Abgeordneten, und die SPD. erhielt 203 000 Stimmen und 17 Abgeordnete. Die kommunistische Partei brachte es trotz der härtesten Verfolgung auf 162 000 Stimmen und 13 Abgeordnete.

Es fanden also in Thüringen Landtag den 35 Abgeordneten des Ordnungsbüros, zu denen sich 7 völkische Abgeordnete hinzugesellten, 30 Abgeordnete der SPD. und der KPD. gegenüber. Die völkischen unterliegen von vornherein die Ordnungsbüro-Regierung und übten einen starken Einfluß auf sie aus.

Unseren ist aber im Lager des Ordnungsbüros eine Wandlung eingetreten. Die Freundschaft der Demokraten zur Ordnungsbüro-Regierung ist merklich abgeklungen. Sie sind zu ihr in Opposition getreten.

Diese Opposition ist aber bisher nur in einigen inderpolitischen Fragen in Erscheinung getreten. Die Zustimmung zum Völkersvertrag wurde von einer Einheitsfront getragen, die von der Sozialdemokratie bis zur äußersten Rechten reichte. Selbst der parlamentarische Vorkampf der völkischen gegen das Zentrum-Abkommen ist eine erste Kampagne. Der Stroh rief sich in erster Linie gegen den völkischen Völkersvertrag. Die völkischen Gruppen, die längst keinen Boden mehr unter der Thüringer Wählerpolitik haben, beschließen mit ihrem Vorkampf weiter nichts als einen ganz erbärmlichen Regierungskampf. Die völkischen wollen nicht den Sturz der Regierung, ihnen ist es vielmehr um eine Regierungsumbildung zu tun. Sie steuern auf eine Regierungsbildung hin und sind bereit, um den Preis eines Staatsnotstands eine Ordnungsbüro-Regierung ohne Völkersänger zu unterstützen.

So hat augenfällig die parlamentarische Situation in Thüringen. Aber die politische Situation ist viel ernster. Die Ordnungsbüro-Regierung hat in ihrer zweijährigen Wirksamkeit einen ausgesprochen reaktionären Kurs gefahren. Sie ist nicht nur die offene Feindin der Arbeiterklasse, sondern sie hat durch ihre Zustimmung zu dem Aufwertungsabkommen, durch die Billigung der Steuer- und Zollpolitik auch große Teile des Kleinbürgertums gegen sich aufgebracht. Die Beamtenpolitik wird auf Kosten der kleinen und mittleren Beamten durchgeführt und der Beamtenabbau fortgesetzt. Die Kultur- und Sozialpolitik kann sich heute mit der reaktionären in ganz Deutschland messen.

Die Thüringer Industriellen hatten in der Regierung ihren Sanktionspunkt, der das Zentrum und das Wirtschaftsmittelrecht vertrat. Die Einwirkung, die das Unternehmertum auf Sattler leistet, hat dies in jeder Beziehung erfüllt. Als Polizeiminister führte er eine Innenpolitik, die ihm von den völkischen billigt wird und die vor den offenen Sturz der Weimarer Verfassung nicht zurücktritt. Grimmerich ist noch das Verbot einer Aushebung der Internationalen Freimaurer in Weimar. Während Thüringen das Honorar Hitlers geworden ist, werden von dem Polizeiminister Sattler proletarische Verarmungen unterdrückt und mit dem Gummistempel auseinandergerissen.

Die politische Lage der Ordnungsbüro-Regierung stellt sich die Folge der reaktionären Staatsregimenten in den Schattens. Der von den völkischen in Szene gesetzte Kleinbürgertum gegen den früheren sozialdemokratischen Staatsbankrottisten hat ebenfalls eine unersättliche Forderung. In diesem Prozess ergreift selbst ein Staatsanwalt die Verantwortung vor dem Verbrechen des Zulassens der Völkerspolitik. Wichtig liegen die Dinge in dem Prozess gegen den Gemeinderatspräsidenten Worch. Worch hat als Leiter der Thüringer Kriminalpolizei im Herbst 1923 zwei Studenten an der thüringisch-sächsischen Grenze erschossen und angeblich bedroht, weil sie sich in die Röhren-Garde eingekleidet hatten. Deswegen wurde er zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Diese Prozesse, vom General Halle eingeleitet und von der Ordnungsbüro-Regierung ausgesetzt, stehen in aufsteigendem Widerspruch zu den ungeschriebenen Verfassungsklauseln der Weimarer Verfassung gegen die Arbeiterklasse. Diese Verfassungsklauseln haben zu einem parlamentarischen Unterfangungsabkommen geführt, der gegenwärtig über die Schandthaten der Ordnungsbüro-Regierung zu Gericht ist.

Zu allem kommen noch die Thüringer Finanzprobleme. Die ehemaligen „angestammten“ Landesoberpräsidenten jetzt des monarchistischen Ordnungsbüros die Weisheit. Die „Gottesgabener“ geht es nicht in erster Linie um das monarchistische Ideal, sie sind vor der Hand befriedigt genug, um zu wissen, daß die Republik für sie die beste Grundlage zu einem guten Geschäft ist, ein Geschäft, das die Finanzierung der monarchistischen Offensiv durch die sachlichen Komplexorganisationen sichert. Hunderte von Millionen Mark an Grundbesitz und barem Gelde stehen sie trotz der Abfindungen, die ihnen die sozialdemokratischen

Halle und Saalkreis

Arbeiterbrief

Naachfrage — Die Straßenbahnen — Das fahrende Feuer Die Endboten des Friedens

Als ich am Sonntag meinen kommunisistischen Stimmzettel in die Urne geben hatte, mußte ich einen weichen Weg machen, den ich mit mir eine Straßenbahnfahrt betreten wollte. Fast noch mal, wäre ich doch nicht in die Bahn getreten! Die Galle war mir ins Blut getreten wegen des Stimmens, den ich da zu hören bekam.

Wenn man auch nicht viel von den Wahlen hörte, so sprach doch alles in dem Wagen von der Wahl. Der Schaffner mußte natürlich auch seinen Dreier dazu geben und meinte: Wir brauchen Ordnung und Frieden. Wir sind ein hochgeesigtes Volk und wir brauchen also nicht die große Klappe zu haben und wir...

Dieses Wort — Wir Arbeiter — das versteht ich; aber „Wir“ — Volk von Ausbeutern und d. Ausbeuteten — das ist doch Quatsch. Haben wir denn irgendeine soziale Gemeinschaft mit unseren kapitalistischen „Brüdern“? Welche in der Arbeitszeit? Oder in der Entlohnung? Woher unsere „Brüder“ mit dem Schein...

Morgen, Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Gesellschaft.

Wichtige Arbeitsausführung

Alle Bezirksleiter, Zellenleiter und Helferleiter sind befristet und pünktlich zu erscheinen. H. L. Halle-Merkel.

Ich weiß nicht aus in Kellern oder Dachkammern, eben dort ihrer acht Mann auch zwei ganze Heringe, haben die „Schwerm“ von Fischweins Gnaden auch Aufwartungen und Besichtigungen, um sich wenigstens kümmerlich ernähren zu können?

Nein, nein, zwischen denen und uns gibt es nur soziale Gegenstände. Sie würden sich schon befehlen, wenn wir uns mit ihnen beschäftigen wollten! Sie halten uns doch für Arbeiter, für Menschen, nicht für Tiere, mit denen sie umgehen, es gibt die Unterlegenheit und sollen danach auch unsere politischen Handlungen einleiten? Nimmermehr!

Der Schaffner wollte das nicht einsehen. Der Kampf um das Gehirn des Straßenbahners ergreift mich so, daß ich das hinausgehen mag und zwei Pfeifchen zu wecheln. Ausdand ging ich den Weg zurück und schau mir, die Straßenbahn nicht wieder zu bewegen. Aber nach einigen Tagen bekam ich mich. Wir haben keine Zeit, eine halbe Stunde lang, die Straßenbahn nicht zu fahren. Am ersten Dezember fletzte ich also am Mannischen Weg in die 6. und verlangte Gebete. Statt wie sonst nach dem Schlichthof-Bahnhof fuhr die elektrische Kutsche jedoch nur bis zum Hauptbahnhof.

„Mama“, sagte ich zum Schaffner, „was ist denn los? Ich will doch weiterhin fahren.“ Er erwiderte er lechzend, „Willen Sie denn nicht, daß unser Überbürgermeister 7000 Mark Zulage erhalten hat? Für diese paar Kröten mußte er der Stadt doch etwas neues vermaachen. Darum schenkte er ihr heute den Strohtrich.“

„Mit wem hat die Stadt denn Habsicht“, erlaubte ich mir zu fragen. Der Schaffner hielt sich die Seiten vor. „Der Strohtrich ist eine neue Straßenbahnlinie, die auch am Schlichthof vorbeiführt.“

Ich fand wie feiernd da und mußte schließlich das Ende meines Weges wiederum laufen. Diesmal dachte ich jedoch: „Der ist ganz und, der hat wenigstens schon begriffen, daß die Bürgermeister und die Stadträte seine Lohnzulage zu erhalten haben.“

Mit der Straßenbahn habe ich in dieser Woche oder noch mehr Weizer gehabt. Weil ich da früh um 6 Uhr mit der 6 auf die Arbeit gehende — und marie und warte — es kommt keine Bahn und fahre und fahre — an die Beine. Pünktig bemerkte ich einen sich nähernden Feuerstein und dachte, was kommt denn da für ein londerbarer Komet, und als das Wehlein näher kommt, ist es doch die ersehnte Straßenbahn, aber ich habe keine Zeit, mich zu freuen. Ich war einfach sprachlos — und hatte das Vergnügen, meinen Weg zu Fuß zurückzugehen, denn daß ich in einen Wagen steigen, der zur Abwechslung mal brennt, kann niemand von einem vernünftigen Menschen erwarten. Und doch...

Ich dachte auf diesem Wege nach der Arbeit nämlich folgendes. Uns alle es ist lurchbar fertig und wir warten schließlich auf Befreiung unserer Lage. Da sind nun die Luthers und Strejemas, die etwas mit nach Hause bringen. Wir gehen nun, was das wohl ist, und da man uns erzählt hat, sie bringen den Frieden mit, so hatten wir Ausspannung nach ihm. Doch wer gute Augen hat, der kann das Wehlein schon jetzt sehen. Das Dach brennt! Und da sollen wir uns hineinlegen? Nimmermehr!

Wenn wir uns in diese Friedensstunde leben, dann turben die Endboten des Friedens an und — Kling, Kling! — geht die Fahrt dorthin, wo Arbeitsfriede herrscht, nach Comje-Krugland! Herr Strejema muß hoch auf, ganz wie der ersehnte Schaffner, daß das Dachfeuer vor der Endstation nicht zu groß wird; am Ziel aber — in Wostan — mag es sich ausbreiten und das ganze Land aufstellen — und mit. Haltet Ihr das? Krupp und Borzig und Stinnes könnten dann wieder hohe Gewinne für Kranten und Gole einfahren.

Am Juli 1914 landete die Republik Frankreich einen gewissen Voincaré als Friedensboten nach Petersburg zum Vernehmen der russischen Regierung. Dort trat er mit dem Zaren aus dem Friedensboten und Jaren. Dort trat er mit dem Zaren aus dem Friedensboten und Jaren. Dort trat er mit dem Zaren aus dem Friedensboten und Jaren.

Um diesen „Kraus-Frieden“, der auf gut deutsch den Namen Krieg trägt, vorzubereiten, ist man in London zusammengekommen. Die „A. am Mittag“ (Nr. 380) zeigt in einer Karikatur die Herren Chaumont, Bismarck, Strejema, Strejema und Herr Chaumont in Berlin. Chaumont, Strejema und Herr Chaumont in Berlin. Chaumont, Strejema und Herr Chaumont in Berlin.

Ich warne Euch schon jetzt! Euer Gottlieb Schulze.

Glücklich gelandet

Die Aufwertungs- und Aufbau-Karte des Herrn Rechtsanwalt Wüst ist nunmehr glücklich bei den Büchlichen gelandet. Die in Halle von dieser Partei herausgegebene Zeitschrift mit der doppeldeutigen Ueberschrift „Der Rechtsstaat“ veröffentlicht einen Erguß von Kadenborff, in dem dieser kleinen ehemaligen Kameraden Hinzubringt, was er nach Aufhebung der Karte, diese Zeitschrift auch ansonstigen Tagen ungelegt und freigeit beim Betrachten des Berliner Stadtbücherei-Wahlresultats am „glücklichen“ Berlin. Die unüberleglichen Kleinigkeiten, die den Betrag, den Herr Wüst mit seinen Büchern an ihnen verlor, noch immer nicht werden, sind jetzt alle in ein Gebrauchsgerat, das mit vorausgelegt haben. Denn die Straßenträger mit den Büchlichen ist doch der beste Beweis, daß die Aufwertungs- und Aufbau-Partei die Gelüste für den Kapitalismus befreit. Vielleicht wird der Hungerwinter einen Teil der Zurechtgerührten eines Berliner bestehen.

Uns unserer Rechtsauskunft

Wie erhalte ich meine Anwartschaft zur Invalidenversicherung?

Innerhalb vier Tagen wurden uns drei Fälle bekannt, wo Arbeiter deshalb keine Invalidenrente bekommen konnten, weil sie die Anwartschaft verloren hatten, wo sie mit Leichtigkeit hätte erhalten bleiben können. Deshalb einige Worte dazu:

Nach § 1280 Versicherungsordnung mußten Versicherte, die in den ersten 100 Werten als Pflichtbeiträge auf Grund einer Beschäftigung vermerkt haben, immer in je zwei Jahren mindestens 20 Werten leisten. Dabei ist gleichgültig, aus welcher Verhältnisse die Werten einnehmen werden. Reiz wird das verlangt, wenn eine versicherungspflichtige Arbeit nicht mehr geleistet wird, es wird auch oft vergessen, die Wertenliste aller zwei Jahre zum Umlauf vorzulegen. Merkt nun jemand, daß seine Karte bereits vor vier Jahren ausgefällt ist, ist aber daher noch zwei Jahren schon ungenutzt werden mühe, so ist durchaus nicht in allen Fällen alles verloren. Enthält die Karte in einem solchen Falle bereits mindestens 20 Werten, und ist der Nachweis zu machen, daß die Werten in den ersten zwei Jahren nach dem Umlaufdatum eingeleitet und entwertet sind, so kann sie noch gültig zum Umlauf vorgelegt werden. Für die darauf folgenden zwei Jahre ist dadurch Rettung zu schaffen, daß der Versicherte sofort in die neue Karte mindestens 20 Werten leistet, die dem Umlaufdatum entsprechen, dem dem Umlaufdatum angeordnet zurückliegenden Jahre nimmt. Denn nach § 1443 AFD dürfen freiwillige Beiträge ein Jahr rückwärts vermerkt werden.

Sportabend des Arbeiter-Sportartells Halle

Das Arbeiter-Sportartell Halle veranstaltete am Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspart“ einen Großen Sportabend.

Großen Sportabend.

Nach alle angelegenen Vereine haben ihre Mitwirkung zugelagt. Der Arbeiterklub ist durch den Besuch Gelegenen geboten, die beiden Zeitungen auf dem Betriebs des Arbeiterporties kennen zu lernen.

Der Reinertag ist ausschließlich für die proletarische Weichmacherei der Internationalen Arbeiterliga bestimmt. Diese findet am 22. Dezember im „Volkspart“ statt und sollen mehrere hundert gemäßigtere und ausgelegene Gewerbetriebe mit ihren Familien angehörigen unterstützt werden.

Die proletarische Selbsthilfe hat bei diesem Sportabend einen Massenklub auftritt. Eintrittskarte zu 50 Pf. sind im „Volkspart“, in der Bezirks- und in der Volksausbildung zu haben.

jedoch nicht weiter zurück. Die Karte ist dann sofort umzutauschen. Wenn dadurch auch eine Beitragsliste von einem Jahr entsteht, so geht das rechtlich für den Versicherten seinen Schaden nach sich. Der Lauf der Karten von zwei zu zwei Jahren ist. Dieser Weg ist jedoch nur ein Notbehelf, der dadurch schwierig werden kann, als nicht immer der Nachweis geführt werden kann, daß die Werten in der vermerkt ungenutzten Karte rechtzeitig geleistet sind. Daher pünktlich stehen und umtauschen. Personen, die in früheren Jahren regelmäßig Lohnarbeit verrichten und so ihrer Werten verwendet haben, in den späteren Jahren aber keine Lohnarbeit mehr verrichten und auch das Nebenvergehen, haben oft dennoch die Möglichkeit, die Invalidenrente zu bekommen. In diesem Falle bestimmt § 1280 AFD, daß die Invalidenrente zu erhalten anzusehen ist, wenn drei Viertel der Werten, die seit dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung verfloßen sind, mit Werten belegt sind. Beispiel: Ein Arbeiter lebte die erste Invalidenrente überhaupt in der ersten Januarwoche 1893. Er arbeitete regelmäßig bis zum 30. Juni 1917, also 24 1/2 Jahre. Er hat in den 24 Jahren seinen Schaden nach sich gebracht, zusammen 1274 Werten vermerkt. Vom 1. Juli 1917 arbeitete er nicht mehr und vermerkte auch keine Werten. Mit dem 1. Juli 1925 wurde der Mann invalide. Trotzdem er acht Jahre seine Beiträge leistete, hat er die Rente zu bekommen. Denn es sind 20 Werten im 1. als drei Viertel der verfloßenen Wochen vermerkt.

Erwähnt sei noch, daß sich der Versicherungspflichtige die Zeiten, die er trant war, nach der Karte festlegen und bei jedem Umlauf einer Wertenkarte in diese eintragen lassen sollte. Gar mancher Renten Antrag ist aus dieser Verursachen abgewiesen worden.

Hallische Tageschronik

Selbstmord

Am 6. Dezember, gegen 5.40 Uhr nachmittags wurde an einer Halbhöhe des Gutes Girsich ein Mann aufgefunden, welcher sich durch Erhängen das Leben genommen hatte. Nach einem vorübergehenden Verbot ist eine amtliche und familiäre Hilfeleistung der Grund zur Tat. Die Leiche wurde dem Sibirierhof zugestellt.

Am 4. Dezember 1925, gegen 4 Uhr nachmittags, wurde an der Götze Richard-Wegener in der Brunnenstraße eine Straßenlaterne durch den Anhängen eines Privatwagens, welcher infolge der Glätte in S-Gebieten gefahren war, umgeworfen. Durch den Anprall wurde ein dort haltendes Pferdepaar eingedrückt. Ein Mann, welcher mit der Kutsche auf dem Wege war, wurde durch den Anprall schwer verletzt und wurde mittels Krankenwagens dem Krankenhaus zugeführt. Die Pferde wurden durch den hinzugefahrenen Wehrer des Führerwertes am Steden gebracht.

Mit uns die künftige Volksleiterwahlung mittelst, hat der Herr Regierungspräsident in Merseburg ungelassen, daß die Werten und Konten der Regierungsbüro am Sonntag, dem 20. Dezember 1925 wie auch Werten vertrieben werden dürfen. Die Wertenliste der Arbeiterliste darf jedoch nicht länger als acht Stunden dauern und der Betrieb nicht über 4 Uhr nachmittags hinaus ausgebeht werden. Der Antrag, das Baden auch am 13. Dezember 1925 zu gestatten, ist abgelehnt worden.

Eine „Glanzleistung“ der Naumburger Justiz

Wie wir bereits meldeten, wurden im vorigen Jahre die Genossen Bernad und Drechsler vom Schöffengericht Halle wegen Verleumdung des „Sozialdemokratischen“ Reichspräsidenten in Potsdam am 1. November resp. 6. Wochen Gefängnis verurteilt. Das Berufungsgericht änderte die Strafe um in 2000 resp. 300 Mark Geldstrafe. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt, über die das Oberlandesgericht in Naumburg in seiner Sitzung vom 4. November entschied. Die Revision ist verworfen worden, ebenso ist der Antrag auf Einstellung des Verfahrens auf Grund der preussischen Amnestieverordnung vom 21. August d. J. abgelehnt worden. In dem Urteil des Oberlandesgerichts, das natürlich im Namen des Reichspräsidenten ergeht, wird gesagt, daß die Voraussetzungen der Amnestieverordnung nicht vorliegen, die Beschäftigung ist nicht im politischen Kampf begangen. Es läßt außerdem in Betracht, daß die Angeklagten aus Hoch- und niedrigen Beweggründen verurteilt worden. Wie unsere Leser bekannt, hatte der „Klassenkampf“ aus Anfang der Naumburger Justiz die Revision eingelegt, auf dem die Naumburger-Schöffengericht und Naumburger Polizeibehörde hergeführt wurden. Schon aus dem Umstände, daß Naumburger als Polizeibehörde gegen die SPD, also gegen eine politische

In alle Augenblicke, die sich am Sprechchor beteiligen!

Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr findet im „Volkspart“ die Probe statt. Die beteiligten Genossen und Genossinnen müssen pünktlich erscheinen.

Partei, bezeichnet wurde, ferner auch, daß er gegen Bezahlung seitens der Polizei mit Werten und Ehrentiteln erbeite, um politische Doper für die Justiz zu schaffen, geht hervor, daß das Bild ein rein politisches war. Das hat auch innerseits der Richter in der ersten Instanz erkannt, denn er sprach ausdrücklich davon, daß der kommunisistische „Klassenkampf“ durch die dritte Verurteilung seinem politischen Zweck, der Revolution, beschuldigt, nicht erfüllt der ursprünglichen Absicht zu entsprechen werden, daß das Urteil damals nur ergangen ist, weil Naumburger als politische Polizeibehörde gegen die SPD, bezeichnet wurde, daß er krimineller Spion war, ist im Naumburger-Bericht erwähnt und nach Gericht als nicht anerkannt worden, insbesondere deshalb, weil nicht der ursprünglichen Absicht zu entsprechen, bei einer Bestimmung in dieser Sache zugehen mühte, daß Naumburger für seine Spionieren von der Polizei wiederholt Geld erhalten habe.

Trotzdem sagt nun das Naumburger Gericht, die Angelegenheit sei keine politische, die Angeklagten hätten aus „Hoch- und niedrigen Beweggründen“ gehandelt. Damit ist wiederum der Beweis erbracht, daß die Naumburger Justiz ihren Akt als rechtsnährte Gerichtsbehörde nicht verlieren hat. Und dann kommen ja in diesem Falle Kommunisten in Frage! Die mühen ganz anders behandelt werden. Wenn die Gerichten aber glauben, mit solchen Methoden Kommunisten erbeiten zu können, dann sollen sich aber doch immer gekümmert haben. Der „Klassenkampf“ muß nach wie vor in energischer Weise für die Interessen der arbeitenden Massen eintreten und die Reaktion aus scharf bekämpfen. Daran ändert auch die Naumburger Justiz nichts, und wenn sie sich noch so rechtsnährte. Wenn ein die Arbeiterkraft mit der Klassenliste abrechnen, dann wird auch der Naumburger Justiz gebot werden, dann wird anders verfahren werden wie 1918!

Zum Tode unseres Genossen Otto Kleitche

Am Sonnabend verstarb an den Folgen einer Kriegsverletzung im Elisabeth-Krankenhaus einer unserer besten Genossen des Bezirks 21, der Genosse Otto Kleitche, im vollendeten 40. Lebensjahre. Er war trotz seiner schweren Verletzung überall tätig, war Gemeindevorsteher und hat auch im Internationalen Bund viel Arbeit geleistet. Er lag sieben Wochen im Krankenhaus, hinterließ Frau mit zwei kranken Kindern und einen leistungsfähigen Sohn.

Rote Hilfe

Im „Klassenkampf“ vom 1. Dezember erschien im Lokalen mit der Ueberschrift: „An der Aktivität liegt der Erfolg“ eine Aufforderung zum Sammeln der Rote Hilfe. Der Genosse Lehmann und dem Genossen Weber aus dem Bezirk 18. Bei der Rote Hilfe sind die Arbeiterkraft mit der Klassenliste abrechnen, dann wird auch der Naumburger Justiz gebot werden, dann wird anders verfahren werden wie 1918!

* Die Funktionäre des Bezirks 21 treffen sich am Dienstag, dem 8. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, in der Wohnung des Bezirksleiters.

Dafür Gemeindevorsteherung. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr findet im Gemeindevort zu dafür eine Gemeindevorsteherung statt. Tagesordnung: Wahl eines besetzten Gemeindevorsteher.

Aus der Jugendbewegung

„Jung-Partialis-Bund“, Ortsgruppe Halle
Dienstag 1/2 Uhr in der Produktiv-Gesellschaft Theaterprob.

1. Bezirk (Laden- und Weingartenklub): Dienstag, 6 Uhr, in der Produktiv-Gesellschaft.
2. Bezirk (Arbeiterklub, Johannes-, Wie Volkshaus, Putzer- und Arbeiterklub): Mittwoch, 6 Uhr, in der Produktiv-Gesellschaft.
3. Bezirk (Krankenhaus, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter und Arbeiterklub): Dienstag, 6 Uhr, im Volkspart.
4. Bezirk (Arbeiterklub, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter und Arbeiterklub): Mittwoch, 6 Uhr, im Volkspart.
5. Bezirk (Arbeiterklub, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter und Arbeiterklub): Mittwoch, 6 Uhr, im Volkspart.

In diesen Tagen laßieren unsere Trägerinnen die erste Dezember-Nate. Wir erziehen bringen, denselben die Entfesterung zu erleichtern. Der Verlag.

Was dem Selbstmörder

Wohl — das Wahnsinnige. Die viel getragenen weißen und farbigen roten Kleider und Wehliche dürfen beim Wachen nicht getragen werden. Darum ist Verbot zur Teilnahme des geschw. Wahlmännchen, wenn es nicht den Sonntag die Wahlmännchen, ohne Kleider, aus und vertrieben das Gleichgewicht zwischen der empfindlichen Wehliche. Man sollte jedoch empfindliche Kleider immer in heller Farbe.

